



PRESSEERKLÄRUNG

Deeskalation und Dialog statt Eskalation und Verbot – für eine demokratische Lösung der Kurdischen Frage

Raqqa, die einstige „Hauptstadt des Islamischen Staates“, ist befreit. Man sollte sich freuen über den Erfolg des kurdisch-arabischen Bündnisses, das viele Menschen aus den Händen des IS gerettet hat. Überlagert wird diese Freude allerdings durch die neuen militärischen Auseinandersetzungen im Norden des Irak.

Erinnern wir uns:

Vor drei Jahren wurde vor den Augen der Weltöffentlichkeit ein Massenmord an den Yeziden und Yezidinnen in Shingal verübt – Täter waren die Terroristen des Islamischen Staates.

Heute werden wir Zeugen, wie irakisches Militär und vom Iran unterstützte Milizen die Bevölkerung im Shingal bedrohen und in die Flucht schlagen.

Beide Male waren und sind es die Kämpfer und Kämpferinnen der PKK und der mit ihr befreundeten Organisationen, die den bedrängten Menschen beistehen und ihr Leben opfern.

Da aber der IS besiegt scheint, haben die Kurden und Kurdinnen und ihre regionalen Verbündeten ihre Schuldigkeit getan; wenden sich ihre einstigen Unterstützer ab und halten der irakischen und iranischen Regierung damit den Rücken frei.

Aber:

Eine langfristige Friedensperspektive für die gesamte Region kann nur jenseits nationalistischer, chauvinistischer und religiös-faschistischer Bestrebungen entstehen.

Der Demokratische Konföderalismus, wie er durch den wichtigsten Repräsentanten der kurdischen Bewegung, Abdullah Öcalan, entwickelt und im Norden Syriens, in Rojava, praktiziert wird, bietet eine Alternative zu den sonst vorherrschenden unterdrückerischen und diskriminierenden Strukturen. Solange diese bestehen und verteidigt werden, wird es Krieg, Vertreibung und Unterdrückung geben.

Der Westen täte gut daran, auf die Kräfte zu setzen, die ein existentielles Interesse an Selbstverwaltung und Basisdemokratie haben; die jetzt schon für stabile Verhältnisse in der Region sorgen und mehr als eine Million Flüchtlinge in ihren Alltag integrieren.

Der Westen wäre gut beraten, würde er den Dialog mit der kurdischen Bewegung suchen und führen, statt sie zu kriminalisieren.

Die politisch Verantwortlichen in Europa sollten die Friedensbemühungen der kurdischen Bewegung unter der Vermittlung von Abdullah Öcalan unterstützen, anstatt Waffen an die Despoten in der Region zu liefern.

FREIHEIT FÜR ÖCALAN – STATUS FÜR KURDISTAN!

Unter diesem Motto werden wir am

Samstag, 21. Oktober 2017 eine

Demonstration durchführen.

Beginn: 14.30 Uhr, Europa-Galerie Saarbrücken

Zum Hintergrund:

Seit 1999 befindet sich Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali in Haft. Obwohl er zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt wurde, hat er sich immer wieder für die friedliche Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei eingesetzt und entsprechende politische Initiativen in die Wege geleitet.

Zwischenzeitlich gab es auch direkte Gespräche zwischen Vertretern des türkischen Staates und Öcalan. Doch seitdem die AKP-Regierung Anfang 2015 die Friedensverhandlungen einseitig aufkündigte und einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung angefacht hat, wird Öcalan einer totalen Isolation ausgesetzt. Weder seine Anwälte noch seine Angehörigen können ihn besuchen.

Vor einer Woche kursierten in türkischen Medien Meldungen, nach denen Abdullah Öcalan im Gefängnis ums Leben gekommen sei. Diese Meldungen sind für uns ein Grund für große Besorgnis.

Deshalb finden seit Sonntag jeden Tag ab 18.00 Uhr Kundgebungen vor der Europa-Galerie in Saarbrücken statt.

Im Nordirak fand Ende September eine Abstimmung der Kurden über ihre Unabhängigkeit statt. Mehr als 90% der kurdischen Bevölkerung stimmte für die Unabhängigkeit vom Irak. Der Westen stellte sich gleich zu Beginn gegen das Vorhaben, obwohl man bis dahin sehr froh war, die Kurdischen Peshmerga im Kampf gegen den Islamischen Staat an der Seite zu haben. Die Bundesregierung legte die militärische Ausbildung der Peshmerga durch Bundeswehrsoldaten auf Eis.

Man bezog damit Position auf der Seite der irakischen Regierung, die militärisch in der Region aufmarschierte. Zurzeit sieht es so aus, als wäre ein Zustand wie vor der Abstimmung wieder hergestellt.

Auch wenn das Streben der kurdischen Bevölkerung nach Selbstbestimmung mehr als berechtigt ist und seit Generationen verleugnet wird, ist die durch den Vorsitzenden der kurdischen KDP, Masud Barzani, initiierte Abstimmung zu diesem Zeitpunkt fraglich. Dieses „Abenteuer“ hat einige Menschenleben gekostet und viel Ängste und Verunsicherungen unter der ohnehin schon sehr belasteten und traumatisierten Bevölkerung verursacht.